

## **Democracy Now!**

Schon wenige Tage nach seiner Amtseinführung erklärte US-Präsident Donald Trump bei einem Besuch des CIA einen „Krieg gegen Medien“. Sein Chefstrategie, Steve Bannon, ehemaliger Chefredakteur von Breitbart News, einer rechtsextremen und antisemitischen Internetplattform, legte wenige Tage später nach: Medien sollten sich schämen und einfach einmal den Mund halten und zuhören, weiters meinte er in einem Interview: „Es hilft uns wenn sie [die Medien] blind sind und nicht sehen wer wir sind und was wir tun“. Bannon beschwerte sich, dass noch keine Journalist\_innen, die schlecht über Trump berichteten, gefeuert wurden und meinte, dass sich die Medien wie eine Oppositionspartei verhalten würden. Dazu der Historiker Timothy Snyder, der sich bislang hauptsächlich mit dem Nationalsozialismus beschäftigte, jetzt aber auch in Bezug auf die US-amerikanische Politik das Wort ergreift: „Wer die Regierung als Partei ansieht und die Presse als Opposition, spricht über einen autoritären Staat.“ Auch die Ankündigung von Trumps Pressesprecher Sean Spicer, dass künftig das Weiße Haus die raren Plätze für Pressekonferenzen vergeben wird und nicht mehr, wie bisher, die Vereinigung der Weiße-Haus-Korrespondent\_innen, gibt zu denken. Dass die Sprecherin des Präsidenten Kellyanne Conway Fakten „alternative Fakten“ gegenüberstellt, zeugt ebenfalls davon, dass der von Trump ausgerufene Krieg gegen die Medien schon begonnen hat. Bei den Protesten, welche die Inauguration von Donald Trump begleiteten, wurden neben 230 Demonstrant\_innen sechs Journalist\_innen, die darüber berichteten, verhaftet. Unter ihnen ein Reporter des von Russland finanzierten RT America. Ihnen wird Beteiligung an Aufständen vorgeworfen und es drohen Geldstrafen bis 25.000 Dollar oder zehn Jahre Haft. Das Komitee zum Schutz von Journalist\_innen (CPJ) verurteilte die Anklagen auf das Schärfste.

Schon im Jahr 2016 stehen die USA im Ranking der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf dem wenig rühmlichen 41. Platz. Grund dafür sind vor allem die digitale Überwachung der Bevölkerung, die Kampagne gegen Whistleblower der Obama-Regierung und Maßnahmen gegen investigativen Journalismus. Wir können davon ausgehen, dass sich das Ranking unter der Trump Administration noch einmal deutlich verschlechtert.

Wir bei FREIRAD haben uns überlegt, wie wir dazu beitragen können, dass trotz

„alternativer Fakten“, die die Trump Regierung streut, dass trotz des Vorwurfes, Medien würden Geschichten einfach erfinden, dass trotz Unterstellungen von „Fake News“ fundierte Nachrichten und Kritik am Vorgehen der US-Regierung in unserem Programm vertreten sind. Viele Medien in den USA haben bereits erklärt, dass sie nicht daran denken würden einfach „die Klappe zu halten“, wie von Bannon gefordert.

Eines der Medien, das sich seit Jahren nicht nur nicht einschüchtern lässt, sondern dem es auch gelingt Themen erst an die Öffentlichkeit zu bringen ist Democracy Now!

Es wurde 1996 von Amy Goodman und Juan Gonzáles gegründet, arbeitet nichtkommerziell und finanziert sich ausschließlich über private Spenden. Ausgestrahlt wird Democracy Now! über Pacifica Radio, dem größten nichtkommerziellen Radionetzwerk der USA. Das Themenspektrum der täglich einstündigen Radio- und Fernsehnachrichtensendung reicht von Friedens-, Arbeiter\_innenbewegung über Menschenrechte, Minderheiten, Migration, Gender und Berichterstattung über NGOs. Bei Democracy Now! findet man Perspektiven, die in Mainstream Medien nicht vorkommen. So sind zum Beispiel die Proteste gegen die North Dakota Pipeline erst durch die Berichterstattung von Democracy Now! wirklich publik geworden. Ex-Präsident Obama reagierte mit einem Erlass, der den Weiterbau verhindern sollte, dieser wurde inzwischen vom neuen Präsidenten wieder aufgehoben.

Im Jahr 2008 wurde Amy Goodman im Rahmen ihrer Berichterstattung über den Parteitag der Republikaner zu unrecht verhaftet. Sie erreichte in einer außergerichtlichen Einigung mit der Stadt Saint Paul eine Zahlung von 100.000 Dollar, sowie die Verpflichtung der Stadt, ihre Polizeibeamt\_innen einer Schulung zu unterziehen. Für ihr Engagement wurde sie ebenfalls 2008 mit dem Right Livelihood Award, bei uns besser bekannt als Alternativer Nobelpreis, ausgezeichnet. In der Begründung hieß es, sie habe einen „innovativen, wahrhaft unabhängigen politischen Journalismus“ entwickelt. Bei Democracy Now! kann man einen wirklich unabhängigen und kritischen Journalismus erleben, die Sendungen bestehen meist aus Nachrichten, gefolgt von Gesprächsrunden mit vielen Expert\_innen zu Themen, die uns alle interessieren sollten.

Die Frühaufsteher\_innen unter euch kennen es vielleicht schon, bislang läuft die Radioausgabe von Democracy Now! jeden Donnerstag ab sieben Uhr Früh auf FREIRAD. Aufgrund der politischen Verhältnisse in den USA haben wir uns entschlossen, Democracy Now! mehr Sendeplatz einzuräumen, um uns allen einen wirklichen Überblick über die demokratiepolitische Entwicklung in den USA zu geben. Democracy Now! ab April 2017 jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag um 07:00 Uhr auf FREIRAD.